

## Rede des Vorsitzenden der VOB bei Herbsttagung 2013

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe VOB'ler,

unsere Vereinigung hat auch in den letzten zwei Jahren für die Debatten innerhalb des Schulwesens in Berlin eine wichtige Rolle gespielt. Dabei wird sie öffentlich und auch in der Bildungsverwaltung zunehmend als Vereinigung der Schulleitungen der Berliner Gymnasien wahrgenommen. Mit Blick auf die Mitgliederdatei ist das auch ....naja: ok..., mit Blick auf unsere Satzung besteht ein verbandsinterner Klärungsbedarf.

Wir haben als VOB über die zahlreichen Gespräche mit unserer Verwaltung und mit den anderen Verbänden hinaus auch immer bildungspolitisch gewirkt. Derzeit, so meine Einschätzung, ist deutsche Bildungspolitik noch lange nicht aus den alten ideologischen Auseinandersetzungen herausgekommen. Heute erfolgt die Auseinandersetzung - nicht nur bei uns in Berlin - unter dem Begriff des „Schulfriedens“ jedoch viel diffiziler. Die Zeiten sind nicht einfacher geworden (Phrasenschwein), unsere VOB wird auch in den nächsten zwei Jahren wohl „zweifach“ wirken müssen - intern, also innerhalb des Schulwesens, aber auch extern, in der schulpolitischen Dimension. Nie sollten wir die Bedeutung unserer VOB über-, aber erst recht nicht dürfen wir unterschätzen.

Zuerst möchte ich mich dem „internen Wirken“ unserer VOB in den letzten zwei Jahren widmen. Dazu werde ich Ihnen einen - eher kurzen - Tätigkeitsbericht aus der Sicht der Sprechergruppe geben. Danach möchte ich mich unter der Leitfrage **„Wie sieht es in Zeiten nicht verklingender ideologischer Auseinandersetzungen für das Gymnasium in Deutschland aus und wie steht es um das Gymnasium in Berlin?“** der schulpolitischen Dimension unserer Verbandsarbeit widmen.

---

### Teil A: Der Tätigkeitsbericht

Wollte ich alle Aktivitäten unserer Mitglieder, der Sprechergruppe und von mir in den letzten zwei Jahren einigermaßen vollständig darstellen, würde ich grandios scheitern oder angesichts der Zeit maßlos überziehen. Um weder zu scheitern, noch zu überziehen, stelle ich Ihnen Stichpunkte einer unvollständigen Auflistung schriftlich zur Verfügung. Wer durch meine Ausführungen zur Leitfrage gelangweilt ist, kann beim Lesen das Gehörte ausblenden... In der anschließenden Diskussion zu beiden Teilen sind Nachfragen und Kritik ausdrücklich erwünscht und lobende Worte nicht verboten...

- Allen, die dabei waren, dürfte noch lebhaft in Erinnerung sein: Unser Fest zum 20-jährige Verbandsjubiläum. Die Vor- und Nachbereitungen waren sehr zeitaufwändig. Die Anwesenheit von so vielen Mitgliedern, aber auch die von zwei ehemaligen Senatoren, von einer ehemaligen und dem aktuellen Staatssekretär und von drei der wichtigsten Medienvertreter aus dem Bereich Schulpolitik ließ den Abend zu einem großen Erfolg werden. Und übrigens: Mackie hat immer noch seine Zähne...
- Unsere VOB wurde in den letzten zwei Jahren von mir in vier Tagungen unseres Dachverbands BDK in Lübeck, Karlsruhe, Speyer und zuletzt in Wiesbaden vertreten. Die Entschließungen der BDK versende ich vielfältig im politischen Raum, an die Medien und natürlich auch an alle Mitglieder der VOB.

- Zahlreiche Gespräche innerhalb der Verwaltung wurden zu den Abiturterminen 2012, 2013 und 2014 geführt. Die Veränderungen, die wir alle positiv registriert haben, sind vor allem auf das Wirken unserer VOB zurückzuführen.
- Mit unserer Mitgliederversammlung zum Thema „Schulinspektion in Berlin“ haben wir auf die aus unserer Sicht notwendigen Veränderungen für die dritte Runde von Schulinspektion hingewiesen und unsere Kritik zur zweiten Runde an die zuständigen Verantwortlichen gerichtet.
- In nunmehr acht Sitzungen, übrigens auf Anregung der VOB, beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe in der SEN BJW, in der ich die VOB vertrete, mit den Veränderungen zum 01.01.14 durch die Übernahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten in den Verantwortungsbereich der SEN BJW
- Auf der Grundlage einer Umfrage innerhalb Berlins haben wir die Personalsituation bis 2021 hochgerechnet. Zur Erinnerung die wichtigsten Erkenntnisse:
  1. Bis 2021 werden über 40% der im Schuljahr 11/12 an den Berliner Gymnasien Unterrichtenden ausgeschieden sein.
  2. Wir werden in Berlin an den Gymnasien innerhalb von weniger als 10 Jahre alle Fächer als Mängelfächer bezeichnen müssen.
  3. Viele Schulleitungen von Gymnasien werden innerhalb weniger Jahre deutlich mehr als die Hälfte ihres Kollegiums neu in die Gegebenheiten der Schule einarbeiten müssen.

Wichtig war es der Sprechergruppe, die regelmäßig geführten Gespräche mit der Senatorin und dem Staatssekretär intensiv vorzubereiten und – und das ist neu in unserer 20-jährigen Verbandsgeschichte- immer gemeinsam zu führen. Über alle Gesprächsgegenstände - nicht nur die mit der politischen Spitze - habe ich alle Mitglieder der VOB in - ich gebe es zu: oftmals viel zu langen - Mails in Kenntnis gesetzt. So erhielten alle Mitglieder auch Mails zu den Gespräche, die ich – hier zumeist allein - für die VOB mit Frau Rösch und mit dem Abteilungsleiter I, Herrn Arnz, geführt habe. Gleiches gilt für die mit dem Abteilungsleiter III, Herrn Struyk, in den letzten zwei Jahren geführten Gespräche zur schulbezogenen Rückmeldung der Abiturdaten.

- Gespräche wurden auch mit den schulpolitischen Sprechern der die derzeitige Berliner Koalition tragenden Regierungsfractionen geführt. Gleichermaßen hat die VOB auf Podiumsdiskussionen insbesondere von Stiftungen und Verbänden ihre Positionen öffentlich dargestellt. Insgesamt ist die Öffentlichkeitsarbeit – auch insbesondere gegenüber den Medien - ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der VOB.
- Angesichts des bevorstehenden gemeinsamen Berlin-Brandenburgischen Abiturs 2014 in Deutsch, Mathematik und Englisch wurden Gespräche mit dem Brandenburger Verband geführt. Zur Erinnerung: 2014 werden sich erstmalig Abiturienten auf der Grundlage des Besuches von vierstündigen Hauptfächern in Kursen mit Klassenstärke und ohne äußere Differenzierung (Brandenburg) und Abiturienten aus den Berliner Leistungskursen in diesen drei Fächern einer prinzipiell gleichen schriftlichen Abiturprüfung stellen müssen. Die beiden Verbandsvorsitzenden sind sich einig: Einheitliche Abiturprüfungen bei uneinheitlichen Oberstufensystemen werden abgelehnt und: Wenn die Ergebnisse der Prüfungen 2014 vorliegen werden, werden beide Verbände jeder zu erwartenden Fehlinterpretation entschieden entgegentreten. Die Kooperation muss nicht künstlich am Leben gehalten werden, weil sie nach der gescheiterten Länderfusion wenigstens auf dem Schulpapier erhalten bleiben soll.
- Wir alle wissen: Ein hoher Organisationsgrad mindestens der Berliner Gymnasialschulleitungen in der VOB ist extrem wichtig. Die Sprechergruppe hat in den letzten zwei Jahren dazu zahlreiche Gespräche geführt. Ich bitte Sie alle darum, bei den

Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht Mitglied in der VOB sind, gemeinsam mit dem neuen Vorstand für eine Mitgliedschaft zu werben.

- Mit dem Mandat der Sprechergruppe habe ich im letzten Jahr mit insgesamt acht Mitgliedern Gespräche geführt, um deren Interesse am Vorsitz (zwei angesprochene Mitglieder) bzw. an einer Mitarbeit in der Sprechergruppe (sechs angesprochene Mitglieder) zu eruieren. Ich freue mich sehr, dass diese Gespräche nicht ohne Ergebnis geblieben sind. Es ist für uns alle beruhigend, dass der Kollege Kreitmeyer angekündigt hat, heute möglicherweise seine Kandidatur für die zukünftige Sprechergruppe zu erklären. Persönlich habe ich mich, gegen meine Worte von 2007, 2009 und 2011 dazu entschieden, nochmals meinen Hut als Vorsitzender in den Ring zu werfen. Dieses Mal bei einer möglichen Wiederwahl aber ohne konkrete Ankündigung. Allerdings eines steht schon fest: Den Nagel für den VOB-Sprecher-Hut, den ich nun seit sechs Jahren gerne trage – den werde ich noch deutlich vor meiner Pensionierung einschlagen. Letztlich möchte ich Sie alle darum bitten, Ihre Mitarbeit in der Sprechergruppe für zukünftige Wahlperioden langfristig zu überdenken.

---

**„Wie sieht es nun in Zeiten nicht verklingender ideologischer Auseinandersetzungen für das Gymnasium in Deutschland aus und wie steht es um das Gymnasium in Berlin?“**

Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW, formuliert in dankenswerter Deutlichkeit die Position der Gymnasialgegner:

**„Eine Schule für alle Kinder, eine Ausbildung und eine einheitliche Bezahlung aller Lehrerinnen und Lehrer: Dieser Dreiklang ist unser Credo für ein inklusives, zukunftsfähiges Schulsystem.“**

Die Entwicklung in den 16 Bundesländern kann nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Aus der Bundesdirektorenkonferenz BDK kenne ich immer wiederkehrende Zwischenschritte der sogenannten Reformer auf dem Weg hin zu **einer** Schule. Weil sie nämlich wissen, dass man den Deutschen die Abschaffung des Gymnasiums (aus ihrer Sicht noch) nicht zumuten kann, greifen sie in allen Bundesländern, vor allem natürlich dort, wo sie Zugriff auf die Kultusministerien haben, zu fünf Maßnahmen, die ich kurz beleuchten möchte.

**Maßnahme 1: Weitgehende staatliche Deregulierung an zentralen Gelenkstellen eines Schulsystems**

Sie alle kennen das: In Berlin gibt es seit Jahrzehnten den freien Elternwillen bei der Wahl der Oberschule. Daran haben wir uns gewöhnt - doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist der denkbar höchste Zustand des Absurden an der Gelenkstelle „Schulwahl nach der Primarschule“ noch nicht erreicht. Baden-Württemberg hatte über viele Jahrzehnte hinweg den Übergang an die weiterführenden Schulen an die Noten der Grundschule gekoppelt. Im Dezember 2011 wurde nicht nur das gekippt, sondern eine Grundschulempfehlung für die weiterführende Schule gleich mal komplett abgeschafft. Die Folge: Seither hat sich die Zahl der Sitzenbleiber unter den Fünftklässlern am Gymnasium im Ländle fast verdreifacht.

**Eine weitgehende staatliche Deregulierung – auch dort, wo staatliche Normen notwendig sind - ist eine der wichtigsten Maßnahmen der „Reformer“.**

Natürlich ist es falsch, Eltern allein die Entscheidung darüber zu überlassen, ob ihre Kinder aufs Gymnasium gehen. Freier Elternwille benötigt die Möglichkeit der Anwendung von Korrektiven. Senator Zöllner wusste das – konsequent sorgte er dafür, dass die GEW Berlin, die ja vor der Wahl 2011 auch für Berlin für eine völlige Abschaffung einer Bildungsgangempfehlung durch die Grundschule plädiert hat, keine Chance mit dieser Forderung hatte und bestand - mit

Unterstützung der VOB - auf einer Probezeit am Gymnasium. 2014 wird nun in Berlin ein zusätzliches verbindliches Beratungsgespräch für am Gymnasium angemeldete Kinder ohne Gymnasialempfehlung eingeführt. Durchführen kann das die Leiterin/den Leiter eines beliebig gewählten Gymnasiums. Man war noch nicht einmal so entschlossen, das Ganze an die Erstwunschschule zu koppeln. Das ist weder Fisch noch Fleisch. Regulierung ist eben mehr als nur: Noch eine weitere Beratung...

Um Missverständnissen vorzubeugen: **Das öffentliche Gymnasium in Berlin ist offen für alle Schichten unserer Gesellschaft, aber mit Blick auf seinen Bildungsanspruch ist es keine Schule für alle.** Immer höhere Anmeldezahlen an den Gymnasien stärken sie nicht, sondern senken ihr Niveau.

Im Interesse einer wahrhaften Stärkung des öffentlichen Schulwesens hat die BDK in ihrer jüngsten EntschlieÙung vom 27. September 2013 gefordert:  
„Jede abgebende Schule berät die Eltern und Kinder, sie spricht eine **Bildungsgangempfehlung** aus und übermittelt die dazu gehörende Dokumentation mit einem **Entwicklungsbericht** an die weiterführende Schule. **Schüler mit einer Gymnasialempfehlung müssen einen Rechtsanspruch auf einen Platz am Gymnasium haben.** In Bundesländern, in denen derzeit der Elternwille entscheidend für die Wahl der weiterführenden Schule ist, müssen die **Gymnasien** im Sinne einer erfolgreichen Schullaufbahnentwicklung **nach bundeseinheitlichen Kriterien** über den weiteren Bildungsweg der Schüler **entscheiden** können.“

Zurück nach Berlin. Sie erinnern alle noch den Aufschrei als am Ende des Schuljahres 11/12 rund achthundert Berliner Schüler das Probejahr auf dem Gymnasium nicht bestanden haben. Aus der Bernhard-Weiß-StraÙe hallte es angesichts der Probleme, diese Mädels und Jungen in den 8. Klassen der Sekundarschulen unterzubringen, die Gymnasien müssten im Probejahr ihre Anstrengungen vergrößern. Formal richtig wäre es gewesen, von Anfang an in den Klassen 7 der Sekundarschulen ausreichend viele Plätze durch eine Einrichtung dieser 7. Klassen unter deren Zielgröße vorzuhalten. Politisch empfehlenswert wäre es auch gewesen, wenn die Berliner Landesregierung auf die von unserer VOB (und übrigens auch vom Schulleiterverband in der GEW unter ihren damaligen Vorsitzenden Paul Schuknecht) eingebrachten Vorschläge mit Tendenz zur sächsischen oder zur bayrischen Regelung umgesetzt hätte. Denn dort wird - **politisch weitsichtig - an anspruchsvollen Übergangsbedingungen festgehalten. Auch dadurch gelingt es den Sachsen und den Bayern, ihr Zwei- bzw. Dreisäulenmodell zu stärken und auch weiterhin in allen einschlägigen Bildungstests vorn zu stehen.**

#### MaÙnahme 2: Einführung der Gemeinschaftsschule

**Unzweifelhaft ist die Einführung der Gemeinschaftsschule in vielen Bundesländern der erste Schritt der „Reformer“ hin zur „Einheitsschule“.**

Ein unvollständiger Überblick: In Baden-Württemberg führte die grün-rot Landesregierung zum Schuljahr 2012/13 die Gemeinschaftsschule nach Berliner Vorbild ein. Leider fehlte ein Pragmatiker wie unser ausgeschiedener Senator an der Spitze des dortigen Kultusministeriums und so wurden gleich mal (mit sanftem Druck) 42 und zum Schuljahr 2013/14 (mit verstärktem Druck) 87 Gemeinschaftsschulen genehmigt.

In Hessen strebt die SPD mittel- und langfristig ein „Haus der Bildung“ an, in dem alle, ich betone alle weiterführenden Schulen zu einer zehnjährigen Ganztags-Gemeinschaftsschule umgestellt werden.

In Schleswig-Holstein wurden bis 2010 alle integrierten Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen. Im Schuljahr 2012/13 gab es 137 Gemeinschaftsschulen. Sogar eine große Koalition, nämlich die in Thüringen, einigte sich bei ihren Koalitionsverhandlungen auf Druck der SPD auf die Einführung der Gemeinschaftsschule. Mit Beginn des Schuljahres 2013/14 gibt es nun in diesem schwarz regierten Bundesland 32 Gemeinschaftsschulen.

An allen Gemeinschaftsschulen in den verschiedenen Bundesländern besteht die Möglichkeit auch das Abitur zu erwerben. **Dass dadurch Schulen (von 1 bis 12 bzw. von 1 bis 13) mit zumeist mehr als 1200 bis hin zu 2000 Schülern entstehen werden und alle internationalen Bildungsforschungen vor derartigen „Schulfabriken für Heranwachsende“ warnen, wird ausgeblendet.**

Für die Gemeinschaftsschule wird ja insbesondere mit „Sitzenbleiben und Abschulung durch individuelle Förderung überflüssig machen“ geworben. Vom Gleichheitsgedanken beseelte Bildungspolitiker und Gewerkschafter predigen unisono, dass damit die von ihnen gewünschte „demokratische“ Schulform gelingen könne.

Der von ihnen prophetisch benutzte Begriff der „Individualisierung des Lernens“ kam dann auf, als sie feststellten, dass in extrem heterogenen Lerngruppen ein Klassenunterricht wie bisher nicht mehr möglich ist. Das ARD-Politikmagazin „Panorama“ sendete am 22. August 2013 unter dem Titel „Lehrer am Limit“ eine beeindruckende Reportage aus dem Alltag einer Schule in Hamburg-Wilhelmsburg. Über zwei Monate haben Anja Reschke und Birgit Wärnke dort gedreht und bekamen so einen ungewöhnlich offenen und ehrlichen Einblick in den Schulalltag.

**„Schulsystem und Schüler passen nicht mehr zusammen“, sagte Reschke später im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt. Und das werde auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen. Sie habe in eine Klasse begleitet, in der das Lernniveau von Lernbehinderung bis Abiturpotenzial reiche. „Es ist nicht möglich, diese Bandbreite zu bedienen“, war ihr Kommentar.** Bezeichnend die Reaktion der Hamburger Schulbehörde: Gegen den Schulleiter der Stadtteilschule wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Und in Berlin? Hier hatte sich ja die Landesregierung aus SPD und Linkspartei darauf verständigt, mittels einer Pilotphase den Einstieg in die Gemeinschaftsschule voranzutreiben. Leichter oder gar stärkerer Druck auf die Berliner Schulen, um möglichst viele Gemeinschaftsschulen zu bekommen, blieb zumindest von Senator Zöllner klugerweise aus. Am Ende seiner Amtszeit vertrat er sogar die pragmatische Haltung, dass eine Gemeinschaftsschule doch nichts anderes als eine dauerhafte Kooperation einer Grund- und einer Sekundarschule sei. Von diesen „Kooperationen“ gab es 2006 in Berlin 11, zum Schuljahr 11/12 dann 20 und jetzt sind es wohl 26, davon zwei Privatschulen.

Mit der wissenschaftlichen Begleituntersuchung der Berliner Gemeinschaftsschulen ist seit 2008 im Auftrag der SEN BJW ein Management Consulting aus Berlin, die Universität Hamburg und das Landesinstitut für Qualitätsentwicklung wohlgermerkt in Hamburg beauftragt. Unser morgiger Gast Prof. Gruschka aus Frankfurt/M. hat vor kurzem über die Mechanismen der Selbsterhaltung der Bildungsforschung – und er nennt es „Bildungsforschungsindustrie“ – publiziert. Man darf gewiss sein, dass den fünf Zwischenberichten bald die nächsten folgen werden und man darf gewiss sein, wie sie ausfallen werden.

Dabei hätte ein realistischer Blick genügt. Die Berliner Morgenpost berichtete am 20.08.13 über die PRÜFUNGSERGEBNISSE BEIM MSA.

Überschrift: Berlins Gemeinschaftsschulen schneiden schlecht ab,

Kernaussage: Kinder von Gemeinschaftsschulen schnitten bei den Prüfungen nach der zehnten Klasse besonders schwach ab. Mit einer Erfolgsquote von 78 Prozent lagen sie hinter den Berliner Gesamt- und Realschülern.

### Maßnahme 3: Einführung des Stufenlehrers

Die Professionalität der Lehrkräfte ist der Dreh- und Angelpunkt, um die Qualität der Schulbildung unserer Kinder sicherzustellen. Gut ausgebildete und motivierte Lehrer sind entscheidend, sagen alle internationalen Studien, allen voran Hattie.

**Doch was wird flankierend zum Gespenst der Einheitsschule diskutiert: Der „Einheitslehrer“ und die „Einheitsbesoldung“.** Und schon gibt es in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland einen **Stufenlehrer**, dort ist eine Gymnasiallehrausbildung praktisch abgeschafft worden. Auch in Berlin soll es zukünftig ein einheitliches Lehramt für die Integrierten Sekundarschulen und die Gymnasien geben. Die politische Vision: Zukünftig werden behinderte und nichtbehinderte, begabte und weniger begabte Schüler von **Alleskönnern** unterrichtet. Empfohlen haben das nach einem Auftrag durch die SEN BJW dieselben Bildungsforscher, die vor kurzem noch die hohe Fachlichkeit der Gymnasiallehrer gepriesen haben. Auf dem jetzt eingeschlagenen Weg wird es - trotz der letzten verzweifelten Versuche des kleineren Berliner Koalitionspartners - die hohe Fachlichkeit zukünftiger Gymnasiallehrer so nicht mehr, oder zumindest nicht mehr auf der Grundlage ihrer Ausbildung geben.

VOB und BDK sagen: **Die Lehramtsausbildung muss sich an den Schulformen orientieren.** Gymnasiale Bildung findet vor allem in den Klassen fünf bis zehn statt. **Die Ziele des Gymnasiums sind nicht vergleichbar mit den Zielen der ISS und sie sind schon gar nicht vergleichbar mit den Zielen des Berliner Kooperationsmodells von Grundschule und ISS, genannt Gemeinschaftsschule.**

Wenn man übrigens zukünftig in Berlin das Lehramt an Grundschulen und das einheitliche Lehramt für die Integrierten Sekundarschulen und die Gymnasien universitär einheitlich (mit einem sechssemestrigen Bachelor- und einem viersemestrigen Masterstudium) mit gleichen Leistungspunkten umsetzen möchte, werden neue Probleme entstehen. Die unterschiedlichen Stellungnahmen des Philologenverbandes, dem ich für seine dezidierte Haltung zum Entwurf des neuen Berliner Lehrerbildungsgesetzes danken möchte, des VBE und der GEW kennzeichnen diese aus jeweils anderer Perspektive.

Ich weise zusätzlich darauf hin:

- a) Wenn man die beiden Lehrämter zukünftig gleich besolden möchte, dann besteht die Gefahr, dass sich da weder eine E 13 und derzeit ja schon gar nicht eine A 13 ergeben werden.
- b) Wer soll eigentlich noch ein Lehramt in Berlin antreten, wenn es kein Beamtenverhältnis und ein zu befürchtendes „Nein“ der TdL zu den letzten Fehlentwicklungen in Berlin gibt. Und wer will noch ein Lehramt an einem Berliner Gymnasium antreten, wenn ggf. der Einstieg bei E 12 erfolgen könnte.

### Maßnahme 4: Einführung „kompetenzorientierter Lehrpläne“

Die „Reformer“ schaffen ab und erleichtern, alles im Namen der Chancengerechtigkeit. Sie gleichen Lehrpläne der Schulformen aneinander - anstatt nötige Unterschiede zu betonen. Verbindlich umzusetzende Lehrinhalte werden in Kerncurricula derzeit bestenfalls am Rande aufgeführt. Versprochen wird: Wenn Bildungsstandards in Kompetenzen überführt worden sind und regelmäßig überprüft werden, dann wird Schule in Deutschland wieder Spitzenleistungen

erbringen. Ersetzt Inhalte durch Kompetenzen! Doch diese Forderung ist m.E. die einer pädagogischen Epoche, deren Ende schon absehbar ist.

Wahr dagegen wird bleiben: Die Wirksamkeit des Systems Schule wird bestimmt von der fachlichen, pädagogischen und menschlichen Qualität der Lehrer, vom Erziehungsauftrag, von den Fächern und ganz wesentlich von deren Inhalten, von der Ausstattung der Schulen, von der Zusammensetzung der Klassen oder Lerngruppen. Wer dann in der Konsequenz kompetent ist, der verfügt zuerst einmal über durchdachtes, sortiertes, vernetztes Wissen, der ist befähigt, Sachverhalte und Prozesse sinnvoll zu beurteilen. Die Grundlage ist aber immer **Wissen, Wissen aus den unterschiedlichsten Bereichen.**

**Kompetenzpädagogik führt eben nicht zu besseren Lernergebnissen, sondern zu einem gravierenden Niveauverlust. Nicht wenige Hochschulen machen heute schon auf die Wissenslücken aufmerksam. Man kann nur hoffen, dass der Irrweg der Kompetenzpädagogik schnell wieder und endgültig verlassen wird.**

An den Universitäten übrigens begegnet man der systematischen Entwertung des Abiturs als Hochschulzugangsberechtigung - für mich eine Folge dieser Kompetenzpädagogik - mit eigenen Leistungsüberprüfungen. Das schmerzt uns, die Verantwortlichen an den Gymnasien sehr. Doch mit dem Beschluss von 2006 zur Hochschulreform ist das politisch abgesegnet und da die Universitäten wissen, dass sich hinter gleichen Abiturnoten große Unterschiede verbürgen, ist deren Vorgehen nachvollziehbar.

Wir sehen: Jeder Wegfall von Normierungen, aber schon jede Normierung nach unten erzeugt mehr Bildungsungerechtigkeit. Aktuell gilt das auch z.B. für das von vielen Ländern eingeführte System von Haupt- und Nebenfächern in der Oberstufe. Deshalb bin ich als Verbandsvorsitzender immer für die Beibehaltung des Oberstufensystems mit Leistungsfächern an den Berliner Gymnasien eingetreten und werde das bei einer möglichen Wiederwahl auch weiterhin dezidiert tun. Berlin wird langfristig mit dem traditionellen Oberstufensystem zu den Gewinnern bei den Universitäten zählen.

Übrigens: Eine der zuletzt immer wieder öffentlich diskutierten Normierungen, nämlich die des Abiturs über die uns bekannten EPA's hinaus, eine Normierung hin zu einem „Deutschlandabitur“, ist zwar notwendig, müsste aber objektiv eigentlich a) an den unterschiedlichen Ferienzeiten, b) an der politischen Ablehnung von gemeinsamen Inhalten und c) an den unterschiedlichen Oberstufensystemen scheitern. Aber stören unter Druck Geratene eigentlich objektive Hindernisse?

#### Maßnahme 5: Klammheimliche Abschaffung unterschiedlicher Schulzweige, die zum Abitur führen

Die Entwicklung hin zu einem „Zwei-Säulen-Modell“ ist in vielen Bundesländern unverkennbar. Gleichzeitig ist eine G8/G9-Diskussion in einigen Bundesländern neu entfacht. Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen stellen seit kurzem mehr oder weniger prinzipiell den Gymnasien frei, sich für G8 oder G9 zu entscheiden, der überwältigende Anteil entscheidet sich übrigens für G8, doch Schneeball-Effekte werden natürlich auch dort befürchtet. Die hessische SPD strebt gar die Rückkehr zu G9 an allen Gymnasien an. Man möchte, so hört man, dem Elternwillen folgen und der ist ja bekanntlich in der Bildungspolitik eine scharfe Waffe. Aber Elternwille, erst recht ein gemeinschaftlich „angenommener oder gefühlter oder auch temporär geäußelter“ ändert sich eben leicht.

**Die Rückkehr zu G9, das in Berlin ein G7 wäre, bedeutet die Rückkehr zur Halbtagschule und sie bedeutet vor allem langfristig die Hinwendung zur Einheitsschule!**

**Denn klar ist erstens: G9 passt nicht zur gleichzeitigen Forderung nach Ganztagschulen. Die Halbtagschule** G9 hat - mit Blick auf Ganztagsbetreuung - erhebliche Konsequenzen für Eltern und Schulträger.

Wir Praktiker wissen: G8 kann man sehr gut machen. G6 kann man mindestens gut machen, als G8 ist das Gymnasium noch viel besser. Schüler können sich auch bei G8/G6 im außerschulischen Sport- oder Kulturbereich sehr aktiv einbringen, an vielen AGs, Wettbewerben und Projekten beteiligen und sich sozial engagieren. Weil nun aber alle Berliner Gymnasien mit G6 und G8 a priori Ganztagschulen sind, aber als solche nicht flächendeckend ausgestattet sind, ist es wichtig, dass unsere VOB in den nächsten Jahren darauf Einfluss nimmt: Auch die Berliner Gymnasien müssen von den schon bestehenden Ganztagsprogrammen flächendeckend partizipieren. Für darüber hinaus gehende notwendige Verbesserungen für einen Ganztags an Berliner Schulen fehlt es uns auch nicht an Phantasie.

**Klar ist aber auch zweitens: G8 stützt jedes Mehr-Säulen-Modell und damit das Gymnasium als eigene Schulform.** Auch das zeigt gerade Sachsen seit über 20 Jahren eindrucksvoll. Daran sollte sich Berlin orientieren und zwar in doppelter Hinsicht, denn auch dafür steht unsere VOB: Wir wollen flächendeckend G8 in Berlin!

Kultusminister, die jetzt wieder G9 zulassen, rauben den Schulen der anderen Säule(n) ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal: Leistungsstärkere Schüler mit der Aussicht, es etwas langsamer angehen zu können, an ihre Schule zu locken. Baden-Württembergs neuer Kultusminister Andreas Stoch (SPD) erklärte mit Bezug auf das neunjährige Gymnasium: „Man könnte das G9-Gymnasium als natürlichen Feind der Gemeinschaftsschule bezeichnen.“ Trotzdem stoppt er den Prozess der Rückverwandlung nicht. Warum eigentlich nicht? Er könnte doch durchsetzen: Gymnasien, die beschließen, wieder zu G9 zurückzukehren, wandeln sich eine baden-württembergische Gemeinschaftsschule um. Warum so nicht gehandelt wird, verdeutlicht die politische Dimension, das eigentliche Motiv von Bildungspolitikern ohne Führungs- und jetzt benutzte ich doch mal den Begriff: Kompetenz. Denn natürlich kann man auch so alles hin zur Einheitsschule vertrocknen lassen:

**Man schafft das Gymnasium nicht ab. Vielmehr lässt man auf diffizile Art und Weise jede weitere noch existierende Säule neben dem Gymnasium auslaufen, indem man nach und nach alle inhaltlichen und organisatorischen Unterschiede zwischen den Schulformen abschafft. Auch so bekommt man als Ergebnis die Einheitsschule, das „Gymnasium für Alle“ - wörtlich so gefordert auf den Wahlplakaten der Linken in so manchem Landtagswahlkampf und zuletzt gesehen im Saarland und in Hessen.**

Nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ verlangt nunmehr auch der Deutsche Philologenverband die Rückkehr zum G9. In das gleiche Horn stößt auch die niedersächsische Direktorenvereinigung. Ich bedauere das sehr. Bei der letzten BDK habe ich als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden den niedersächsischen Landesvorsitzenden gesagt: Lieber lasse ich mich als Landesvorsitzenden abwählen, als durch eine Wischiwaschi-Haltung zur Frage G9 langfristig mit einer der Totengräber des Gymnasiums zu sein.

---

**Diese in der BDK beobachteten fünf Maßnahmen sind die fünf Rösser, auf denen sich die „Reformer“ auf ihrem Ritt hin zur Einheitsschule derzeit setzen.** Ich male hier nicht den Untergang des Gymnasiums an die Wand, ich bin weit davon entfernt, unsere Schulform klein zu reden und wir alle können und sollten sie offensiv vertreten! Es ist nach meiner Einschätzung

auch möglich, den Galopp der „Quindriga“ noch so abzubremsen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen wird. Dazu sind Grundüberzeugungen, Pragmatik und entschiedenes Handeln nötig. Gerade hier in Berlin können wir selbstbewusst und mit dem Vorteil unserer dicht besiedelten Stadt einschätzen: **Wir haben in der Bundeshauptstadt eine größere Chance für die Entwicklung einer Schullandschaft mit einem starken Gymnasium als jedes Flächenbundesland. Diese Chance dürfen und werden wir nicht verspielen.**

**Meine Überzeugung für das Berliner Zwei-Säulen-Modell bleibt: Neben klar erkennbaren unterschiedlichen, pädagogischen Inhalten muss es auch klar erkennbare unterschiedliche Strukturen zwischen Oberschule und Gymnasium geben. Übrigens nicht ohne Grund übernehme ich mit „Oberschule“ den Begriff, den die BDK vorschlug, gebetsmühlenartig.** Auch die ISS in Berlin wäre mit „Oberschule“ besser benannt und nicht nur um Verwechslungen mit der ISS im Orbit zu vermeiden. Unser Dachverband forderte für die Oberschule: Eine mehrjährige, auf unterschiedliche Abschlüsse bezogene Differenzierung zumindest in den Kernfächern sowie berufliche Orientierung. Er bekräftigte für das Gymnasium den einheitlichen Bildungsgang vom Tag der Aufnahme bis zum Überreichen des Abiturzeugnisses. In der Arbeitsgruppe der Berliner Bildungsverwaltung zum Leitbild des Zwei-Säulen-Modells in Berlin vertraten die VOB'ler Cynthia Segner und Ulrich Wüsthof genau diese Haltung. Im Ergebnis ist die ganze Leitbilddiskussion in dem Moment, als die Unterschiede scharf herausgearbeitet waren, wieder eingestellt worden. Aber auch das darf uns nicht verunsichern, nein: Es ist ein Erfolg, wenn eines der Rösser im Galopp mal scharf mit Zügeln konfrontiert wird.

Zuletzt möchte ich Dir, liebe Helmke, Dir, lieber Jochen und Dir, lieber Bernd, ganz herzlich für die Zusammenarbeit in der Sprechergruppe in der letzten Wahlperiode danken. Kollege Schönenberger hat angekündigt, nicht nochmals für die Sprechergruppe zu kandidieren. Unser aller Dank gilt seinem Einsatz. Wir alle, ich ganz besonders, werden Deine Unermüdlichkeit und Dein Wort als Schulleiter und als Mitglied der Sprechergruppe unserer VOB vermissen. Wir wünschen Dir von ganzem Herzen alles Gute und bleibe unserer VOB treu!

Unserer gesamten Vereinigung, dem Gymnasium in Berlin und in ganz Deutschland wünsche ich eine gute Zukunft. **Als VOB'ler, als Schulleiterinnen und Schulleiter müssen wir auch weiterhin bereit sein, politisch zu denken und zu handeln. Und so wünsche ich uns auch bis 2015 eine mutige und erfolgreiche Verbandsarbeit, eine starke VOB!**